

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

4.4.1930 (No. 81)

Expedition:
Karlsrueher
Strasse Nr. 14
Herausgeber
Nr. 953
und 954
Wolfschloß
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger, Betriebsführung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Verleger, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hochschulkalender, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Deckungsvorlagen im Ausschuss
Erledigung noch vor Ostern verlangt
B3B, Berlin, 4. April (Tel.) Im Steueraussschuss des Reichstags brachte heute Reichsfinanzminister Dr. Mosdenhauer die Deckungsvorlagen ein. Er bat um ein Ermächtigungsgesetz, um im gegebenen Zeitpunkt die Kapitalertragsteuer aufzuheben und die Kapitalverkehrssteuer zu senken, damit das notwendige Einkommen ausländischer Kapitalisten erleichtert wird. Der Minister bat, die Vorlagen möglichst schnell zu verabschieden.

Reichsfinanzminister Dr. Mosdenhauer führte in seiner eröffnenden Rede aus, daß die Deckungsvorlagen die Aufgabe hätten, das Defizit des Etats 1930 auszufüllen. Dieses war berechnet auf etwa 292 Mill. Reichsmark. Durch Einnahmeausfälle und Mehrausgaben wird sich das Defizit aber mindestens auf 304 Mill. Reichsmark, möglicherweise auf 315 Mill. Reichsmark erhöhen. Die Biersteuererhöhung um 75 Proz. soll nach der Schätzung für das erste Jahr, wo mit einem Konjunkturabgang gerechnet wird, 240 Millionen bringen, von denen 150 Millionen an das Reich und 90 Millionen an die Länder fallen. Zu dem Reichsratsbeschlusse, wonach nicht der Gesamtbetrag von dem Aufkommen, sondern 75 Proz. davon nach dem Aufkommen und 25 Proz. nach der Bevölkerungszahl den Ländern überwiesen werden soll, wird das Kabinett noch Stellung nehmen und vielleicht eine Doppelvorlage einbringen. Der erhöhte Kaffee- und Teezoll bringt 55 Millionen, der Benzin- und Benzolzoll 65 Millionen, wovon 25 Millionen an das Reich, 40 Millionen an die Länder fließen sollen. Da gleichzeitig der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer von 15 auf 10 Proz. herabgesetzt werden soll, würden auf die Länder 10—11 Millionen weniger fallen, so daß die 40 Millionen tatsächlich eine Überweisung von 30 Millionen an die Länder bedeuten. Dazu kommt für Benzin und Benzol aus der inländischen Produktion eine Steuer, die auf 480 M. bemessen wird. Aus dieser Steuer ist eine Einnahme von 16 Millionen zu erwarten. Die Gesehentwürfe über die Befreiung der Fälligkeitstermine bei der Zigaretten- und Zigarettensteuer bei gleichzeitiger Aufhebung der Zigaretten- und Zigarettensteuer sollen eine Einnahme von 30 Millionen bringen. Aus der Anbuhrerbesteuerung sollen dem Staat selbst 50 Millionen zufließen, während weitere 50 Millionen zu einem Notfond für die Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Schließlich soll noch die Mineralwassersteuer 40 Millionen bringen.

Zusammen ergeben diese Vorlagen ein Aufkommen von 326 Millionen für das Reich. Auf die Länder entfallen 170, nach Streichung der 10 Millionen infolge der Herabsetzung des Kraftfahrzeugsteuerzuschlags 160 Millionen, so daß den Ländern 120 Millionen, den Gemeinden 40 Millionen zufallen. Infolge des späteren Inkrafttretens der Gesetze durch die Neubildung der Regierung tritt ein Ausfall von mindestens 22 Millionen ein. Für dieses Jahr haben also 304 Millionen zur Verfügung, die dem oben angeführten Defizit entsprechen. Notwendig ist die möglichst beschleunigte Verabschiedung der vorliegenden Gesetze, bis Ende nächster Woche, also vor Beginn der Osterpause, müßten die Deckungsvorlagen verabschiedet sein, weil sonst die in der Sanierung begriffene Kassenlage wiederum in erhebliche Unordnung geraten würde.

Hg. Dr. Rabenauer (Dnatl.) erklärte, daß die vorliegenden Gesetzentwürfe kein organisches Ganze bilden. Man kann nicht damit rechnen, daß das nächste Jahr schon kein Notjahr mehr ist. Deshalb müßte man entweder die Steuererhöhungen für ein Jahr beschränken, oder die Steuererhöhungen und Steuerentlastungen organisch in einem Mantelgesetz verbinden.

Hg. Neubauer (Komm.) erklärte, der soziale Geist, von dem der neue Reichszentralrat in seiner Programmrede sprach, fehle in dem Deckungsprogramm.

Hg. Dr. Herrk (Soz.) betonte, im Gegensatz zu allen früheren Erklärungen des Finanzministers scheint er jetzt den Zusammenhang des Deckungsprogramms mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung aufgeben zu wollen. Wir sehen in der einseitigen Erhöhung von Verbrauchssteuern einen Mangel, der unter dem sozialen Gesichtspunkt einer entsprechenden Entlastung ausgeglichen werden muß. Wir hatten an dem Vorschlag fest, wenigstens für ein Jahr einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben, wobei die Masse der unteren und mittleren Einkommen ausgenommen sein soll.

Das Unterhaus gegen die Todesstrafe wegen Fahnenflucht

WTW, London, 4. April (Tel.). Das Unterhaus nahm gestern in später Abendstunde einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe für Desertion im Kriege mit 219 gegen 135 Stimmen an und erließ sie durch Zustimmung. Der Kriegsminister, Tom Shaw, hatte sich gegen den Antrag erklärt, schließlich aber dem Hause die endgültige Entscheidung überlassen.

Der neue Reichsbankpräsident Dr. Luther hat mit dem Donnerstag sein Amt übernommen.

General Konrad v. d. Goltz f. General der Infanterie, Freiherr Konrad von der Goltz, ist am Donnerstag in seiner Wohnung Berlin-Steglitz gestorben. Er war im Frieden zuletzt Kommandeur der 30. Division und in der Schlacht bei Tannenberg der Kommandeur der Landwehrbrigade v. d. Goltz. Das nach dem Mittelmeer unterwegs befindliche deutsche Geschwader hat die englische Stadt Deal passiert.

Letzte Nachrichten

Noch ungeklärte politische Lage
Um die Deckungsvorlagen

M. Berlin, 4. April (Priv.-Tel.) Die politische Lage ist durch die gestrigen Abstimmungen über die Mißtrauensvoten nicht klarer geworden. Das hat sich heute auch schon im Steueraussschuss des Reichstags gezeigt, der die von der Reichsregierung noch unter dem Kabinett Müller angeleiteten Vorlagen erörterte. Der Reichsfinanzminister legte in zwei Reden die Absichten des Kabinetts dar. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt.

Es verlautet in politischen Kreisen, daß die Wirtschaftspartei noch einen Antrag auf Erhebung einer Warenhaussteuer einbringt. Das Kabinett wird sich in seiner heutigen Sitzung am Nachmittag bereits mit den Steuervorlagen befassen, und wie man annimmt, beschließen die Steuervorlagen ultimativ zu bekräftigen sind, so daß die Entscheidung unter Umständen in der nächsten Woche fallen muß.

Die deutschen Mitglieder der B3Z.

WTW, Berlin, 4. April (Priv.-Tel.) Nach der Sitzung der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich, B3Z, hat der Reichsbankpräsident als deutsche Mitglieder des Verwaltungsrats der Bank einen Vertreter der Finanzen, der Industrie und des Handels, und einen weiteren Deutschen, der Industrie oder Handel vertritt, zu ernennen. Außerdem ist von Amts wegen der Reichsbankpräsident selbst Mitglied des Verwaltungsrats der Bank. Nachdem die Auswahl der deutschen Vertreter mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wechsel im Amt des Reichsbankpräsidenten bisher ausgesetzt war, hat Reichsbankpräsident Dr. Luther am gestrigen Tage seines Amtesantritts Dr. Carl Melcher in Hamburg und Kommerzienrat Dr. Paul Neusch in Dierhaußen (Rheinland) zu Mitgliedern des Verwaltungsrats berufen. Zu seiner Stellvertretung im Verwaltungsrat der B3Z hat der Reichsbankpräsident den Geheimen Finanzrat Dr. Vode, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, ernannt.

Der transatlantische Zeppelinendienst
Eröffnung 1932

WTW, Washington, 4. April (Tel.) Wie der Vizepräsident der International Transport Co., Hunsacker, gestern bekannt gab, soll der transatlantische Zeppelinendienst im Jahre 1932 eröffnet werden. Der Preis für eine Fahrt soll etwa das Doppelte des Fahrpreises in der ersten Klasse eines Ozeandampfers betragen. Deutschland stellt für den transatlantischen Dienst zwei Luftschiffe nach dem Modell der Zeppeline bauen.

Das neue Luftschiff, das in Friedrichshafen gebaut werde, soll auch in Deutschland finanziert werden und größer und schneller sein als der „Graf Zeppelin“. Die für den transatlantischen Passagierverkehr bestimmten Luftschiffe werden nicht, wie die Marineluftschiffe, Flugzeuge mitführen, aber sie würden so konstruiert sein, daß die Passagiere und die Post des Luftschiffes während der Fahrt von Flugzeugen übernommen werden können. Das kommt hauptsächlich für Städte in Betracht, wo die Luftschiffe nicht landen können. Die Reise von Amerika nach Europa soll in zwei Tagen, die Fahrt von Europa nach Amerika durchschnittlich in drei Tagen zurückgelegt werden. Als hauptsächlichster Flughafen in Europa komme Sevilla in Betracht. Die neuen Luftschiffe sollen 40, 60 und 80 Passagiere aufnehmen können.

Deutsch-französischer Handel

WTW, Paris, 4. April (Tel.) Die französische Außenhandelsstatistik weist für die beiden ersten Monate des Jahres den Wert der Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich mit 1.282.909.000 Franken aus gegenüber 884.884.000 Franken im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die französische Ausfuhr nach Deutschland belief sich in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres auf 742.820.000 Franken gegenüber 752.509.000 Franken im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Attentat auf den Revaler Garnisonchef

WTW, Reval, 4. April (Tel.) Gestern Abend wurde auf den Garnisonchef, General Unt, als er sich auf dem Wege nach seiner Wohnung befand, auf der Straße ein Attentat verübt. Ein Unbekannter, der ihn verfolgt hatte, gab von hinten einen Revolverstoß auf ihn ab. Der General wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Der Täter entkam in der Dunkelheit.

Grausame Hinrichtung von Anhängern
Sabis Ullahs

Peshawar, 4. April. (Meuter. — Tel.) Gestern wurden in Kabul 11 Anhänger des Muzapores Sabis Ullahs hingerichtet. Sie wurden vor die Mündung von Geschützen gebunden, die dann abgefeuert wurden.

*Der Sieg
des Kabinetts Brüning

Es ist eine törichte, wenn auch sehr durchsichtige Stimmungsmache, daß jetzt von einem Teil der Presse erklärt wird, das Kabinett Brüning sei gestern durch Eugenbergs „gerettet“ worden. Und wenn demokratische Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“ sich durch Überschriften dieser Art — bewußt oder unbewußt — an solcher Stimmungsmache beteiligen, dann beweist das nur von neuem, daß solche Zeitungen aus der Entwicklung der letzten Zeit nur wenig gelernt haben, mit ihrem Herzen überhaupt nicht und mit ihrem Verstande nur zu einem Viertel bei der Sache sind und heute schon den Moment herbeisehnen, wo dieses Kabinett einem anders garteten Platz macht.

Tatsache ist doch, daß das Kabinett Brüning es garnicht nötig hatte „gerettet“ zu werden. Denn wenn gestern die Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen worden wären, dann hätte sich an dem Bestand und der Tätigkeit des Kabinetts Brüning nichts geändert: das Kabinett hätte dann auf einer anderen verfassungsrechtlichen Grundlage, als der rein parlamentarischen, regiert. „Gerettet“ worden ist lediglich gestern das Parlament. Und zwar mit Hilfe des Herrn Eugenbergs! Und „gerettet“ worden ist gestern die Deutschnationale Volkspartei. Und zwar auch dank dem Einlenken Eugenbergs. Für das Parlament und für die Parteien bestand gestern ein sehr ernstes Risiko, für das Kabinett Brüning nicht.

Gewiß ist es besser für das Kabinett, daß es gestern so gekommen ist, wie es kam. Der Reichszentralrat selbst hat keinen Zweifel über seine diesbezügliche Auffassung entstehen lassen. Er hat erklärt, daß er nur im äußersten Notfall auf den Artikel 48 der Reichsverfassung zurückgreifen werde, daß es dem Kabinett viel lieber sei, mit dem Parlament zu arbeiten. Ob das aber möglich sei, werde von dem Parlament selbst abhängen.

So, wie die Dinge nun einmal liegen, ist das Ergebnis der gestrigen Abstimmung jedenfalls als ein bedeutender, politischer, taktischer und moralischer Sieg des Kabinetts Brüning zu betrachten. Und so wird das Ereignis auch in der Presse des Auslandes, soweit sie uns bis heute vorliegt, bewertet. Auch die offizielle Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei — also einer Partei, deren Haltung noch bis vor wenigen Tagen recht skeptisch war — beglückwünscht jetzt den Reichszentralrat und bezeichnet seine Politik als glücklich. Für das innere und außenpolitische Ansehen unseres Volkes ist der gestrige Tag also unter allen Umständen ein Plus im allgemeinen, großen Bewertungsfonto.

Einer überlegenen Führung ist es gelungen, das Parlament bzw. eine vollkommen ausreichende Mehrheit an die Seite des Reichskabinetts zu zwingen. Und gerade die Partei, die sich am meisten Freizeite, und deren Führer noch bis zur letzten Minute Schwierigkeiten machen wollte, die Deutschnationale Volkspartei, hat dadurch, daß sie sich dieser überlegenen Führung unterwarf, das parlamentarische Prestige des Kabinetts außerordentlich erhöhen helfen. Das gefühlsmäßige Prestige des Kabinetts beim Volke oder doch bei der großen Mehrheit unseres Volkes war ja schon an und für sich ansehnlich genug. Der glänzende Sieg des gestrigen Tages hat aber auch hier die Stimmung noch verbessert.

Alle Ausflüchte Eugenbergs können diese Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Wenn Eugenbergs es gestern fertigbrachte, in demselben Atemzug zu erklären, das Kabinett habe nicht das Vertrauen seiner Partei, man werde aber gegen die Mißtrauensanträge stimmen, dann macht er sich mit einer solchen Bemerkung geradezu lächerlich. Es zeugte jedoch immerhin von Mut, daß Herr Eugenbergs gestern selbst den Unfall seiner Fraktion vertrat. Und es war gar nicht so unklug von ihm, daß er betonte, er selbst habe schließlich diesen Unfall befürwortet. Aber wenn dem so ist, dann hätte er ihn rhetorisch besser und geschickter begründen können.

Im übrigen weiß man heute bereits, daß Eugenbergs sich in einer Zwangslage befand, die ihm kaum eine andere Wahl ließ, falls er nicht die Auseinandersetzung seiner Partei riskieren wollte. Hätte er sich auf seine anfängliche Meinung versteift und den Fraktionszwang im Sinne einer gegen das Kabinett Brüning gerichteten Taktik beschließen lassen, dann wäre ein gutes Drittel

Mit der Beilage: 43. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

der Fraktion, nämlich 24 Mitglieder, angetreten. Das wäre nach den Abwanderungen der letzten Monate der Ruin der Partei gewesen. Eugenberg hat bei allem Eigenwillen in der letzten Sekunde den Weg zur Vernunft zurückgefunden und auf ein derartiges Vabanquespil verzichtet und damit zunächst den Bestand seiner Partei gerettet.

Daß Eugenberg betont, seine Fraktion werde jetzt die Taten der Regierung abwarten und gegen sie stimmen, falls sie bis Ostern oder bis kurz nach Ostern die Erwartungen der Landwirtschaft nicht erfüllt habe, das braucht man ihm nicht übelzunehmen. Es ist das gute Recht einer jeden Partei, nein zu sagen, wenn sie meint, daß die praktische Politik eines Kabinetts ihren dringendsten Wünschen zuwiderläuft.

Wahrscheinlich werden die Deutschnationalen nicht in die Verlegenheit kommen, gegen das Kabinett stimmen zu müssen. Denn wenn nicht ganz neue, außergewöhnliche Schwierigkeiten auftauchen, wird das Kabinett seine Aufgaben in der kurzen Frist und in der allgemein erwarteten Art erledigt haben. Bereits gestern haben unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Besprechungen mit den Fraktionsführern über die Deckungsvorlagen stattgefunden. Teilgenommen daran haben die Fraktionsführer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft. Wie gemeldet wird, haben sich irgendwelche Schwierigkeiten nicht ergeben. Der Verlauf lasse durchaus auf ein erfolgreiches Zusammenarbeiten hoffen. Der Steueranschluß werde demgemäß schon heute mit der Beratung der Deckungsvorlagen beginnen können.

Was die Frage der Arbeitslosenversicherung betrifft, so sei sie gestern noch nicht berührt worden. Sie werde auch zunächst noch keine Rolle spielen. Es handele sich für die Regierung darum, die Deckung für noch etwa 70 Millionen Reichsmark zu beschaffen. Die Reichsregierung werde übrigens von der Versicherungsanstalt ein Gutachten über die Möglichkeit von Einsparungen einfordern. Es stehe schon jetzt fest, daß eine Veränderung der Leistungen nicht eintreten wird. Man glaube vielmehr, durch Reformen in der Verwaltung und durch größere Deckungsfreiheit für die Arbeitsämter die Deckungsschwierigkeiten zu vermindern. Auf diese Reformen wird unserer Meinung nach alles ankommen.

Die Reichsregierung ist im übrigen fest entschlossen, Deckungsvorlagen einerseits und Agrar- und Dpavorlagen andererseits in einer Form so miteinander zu verbinden, daß es unmöglich ist, die einen anzunehmen und die anderen abzulehnen. Damit wird von vornherein eine Zwangslage für die Deutschnationalen geschaffen. Sie werden es sich schon im Hinblick auf den Reichslandbund überlegen müssen, ob sie das Agrar- und Dpoprogramm durch Ablehnung der Deckungsvorlagen gefährden wollen. Die Steuer- und Agrarfragen sollen noch bis Ostern erledigt werden. Und gleich nach den Feiertagen soll dann das Dpoprogramm herankommen. Hierzu liegt nun auch eine Interpellation der Christlichnationalen Bauernpartei und der Deutschen Bauernpartei vor, in welcher für den Osten jährlich mindestens 200 Millionen Reichsmark auf die Dauer von fünf Jahren gefordert werden.

Interessant ist die Tatsache, daß in der Fraktionsführung der Sozialdemokraten etwa 15 Abgeordnete die Einbringung des unmotivierten Mißtrauensvotums nicht befürwortet haben. Und so haben denn auch an der gestrigen Abstimmung von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion außer den wegen Krankheit beurlaubten Abgeordneten 15 Abgeordnete nicht teilgenommen, darunter der preussische Ministerpräsident Dr. Braun, der frühere Reichskanzler Hermann Müller, der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, der frühere Reichswirtschaftsminister Schmidt und der badische Kultusminister Dr. Kemmele.

Einäscherung Cosima Wagners

Aus nah und fern waren am Donnerstag die Freunde des Hauses Wagner nach Bayreuth gekommen, um Cosima Wagner das letzte Geleit zu geben. Die Mitglieder der Familie Wagner, die nächsten Freunde des Hauses und die geladenen Gäste versammelten sich gegen 10 Uhr in der Musikhalle der Villa Wahnfried, wo die Leichenfeier stattfand. Sodann wurde der Sarg von Polizeibeamten nach dem bereitstehenden Leichenwagen getragen. Die Straßen, die der Zug passierte, waren von Tausenden von Menschen umfüllt. Vor der Ordenskirche wurde der Sarg von einem Auto des Koburger Krematoriums übernommen. Die Menschenmenge entließ ihre Haupt und nahm so stummen Abschied von der Ehrenbürgerin der Stadt.

Nachmittags fand im Krematorium in Koburg die Einäscherung statt.

Als nächste Familienangehörige waren Siegfried Wagner mit Gattin und seinem Sohn Wieland zugegen. Erschienen waren ferner u. a. der Fürst zu Hohenlohe-Langenburg mit Familie, Vertreter des Königs Ferdinand von Bulgarien, der herzoglichen Familie von Sachsen-Koburg-Gotha, der Regierungspräsident von Oberfranken, Dr. von Ströhenreuther, Oberbürgermeister Frau, Bayreuth. Dem Wunsch der Verstorbene entsprechend wurde die Feier mit dem vom Chor des Landestheaters Koburg gesungenen Silberchor aus „Lannhäuser“ eingeleitet, worauf Stadtrat Viktorius, Koburg, die Gedächtnisrede hielt. Prof. du Roulin-Gardt, München, feierte die Verstorbene als Trägerin der deutschen Kultur und des deutschen nationalen Empfindens. Regierungspräsident von Ströhenreuther legte im Auftrage des bayerischen Ministers für Kultus und Unterricht, Oberbürgermeister Frau im Namen der Stadt Bayreuth, deren Ehrenbürgerin die Verstorbene war, Kränze nieder. Mit dem vom Bodröder-Quartett des Landestheaters gespielten Karfreitagsgäuber aus „Parsifal“ endete die stimmungsvolle Feier.

Wirtschaftliche Umschau

Spareinlagen, Kapitalflucht und Finanzpolitik — Badenia-Weinheim

Der Geschäftsbericht des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes für 1929 stellt, wie zu erwarten, eine Rückwirkung der durch die politischen Vorgänge entstandenen pessimistischen Stimmungen auch auf die Spareinlagen fest. Es wurden im vergangenen Jahr in Deutschland 270 Millionen weniger bei den Sparkassen gespart als 1928 (der Zuwachs an Spareinlagen betrug 1929 nur 2,03 Milliarden gegen 2,3 Milliarden 1928). Das wird vor allem auf die Währungsrisse im Frühjahr zurückgeführt, die bekanntlich dadurch entstanden war, daß anlässlich der Sachverständigenverhandlungen über die Reparationsverhandlungen in Paris französische Banken einen Angriff auf die Reichsmark unternahmen, um auf die deutsche Delegation und die deutsche Regierung einen Druck auszuüben, ein Vorgehen, das mit Hilfe von Amerika zur Verfügung gestellter Leihdevisen abgewehrt werden konnte, aber doch bis zu einem gewissen Grad seinen Zweck, deutsche Zugeständnisse herauszupressen, erfüllt hat. Der Bericht des Sparkassenverbandes besagt, daß diese Vorgänge, aber auch die Entwicklung der Reichsfinanzen — Ziehpunkte der Einlagenbewegung waren im Mai und Dezember — vorübergehend zur Zurückziehung von Guthaben und zur Zurückhaltung bei den Einlagen, sogar zur Kapitalflucht ins Ausland führten. Er stellt die gefährliche Abhängigkeit der Sparkapitalbildung von Stimmungen und Verfügungen der breiten Volksschicht fest und ist somit gleichfalls eine Mahnung, alle Kräfte zur Lösung des augenblicklich wichtigsten nationalen Problems, zur Ordnung der Reichsfinanzen, anzupinnen.

Schweizer Bankberichte — auch nach Schweden und anderen neutralen Ländern ist sehr viel deutsches Kapital geflossen — bestätigen die starke Kapitalflucht aus Deutschland. In einem Bericht wird mitgeteilt, daß der größte Teil der ausländischen, nach der Schweiz geflohenen Gelder in Wertpapieren angelegt worden sei. Die Schweiz habe diese Mittel nicht nötig, sie ziehe zwar Vorteile daraus, habe dabei aber auch Risiken. Das Auslandskapital könne je nach den Strömungen der Politik und Wirtschaft auch wieder abgerufen werden (erfreulicher Weise scheinen sich nun doch in Deutschland Anzeichen hierzu zu zeigen), und deshalb müsse dieses Geld von der Schweiz im Ausland wieder richtig angelegt werden. Dadurch findet die Tatsache erneut Bestätigung, daß große deutsche Mittel, niedrig vom Ausland verzinst, wieder gegen erhöhte Zinssätze nach Deutschland verließen werden. Der Schweizer Bericht weist auch darauf hin, daß in Amerika und in Deutschland Mißbrauch mit dem Vertrauen der Schweiz getrieben wurde, und daß in den deutschen Werten erst dann eine Belebung und Kurssteigerung einsehen werde, wenn das Vertrauen der Deutschen selbst in ihr Land und ihre Wirtschaft zurückkehre. Dieser Satz bestätigt vor allem auch die Verderblichkeit des Mißtrauens und des Kampfes der deutschen Berufsstände untereinander, deren politische Auswirkungen die Hauptbestimmnisse für eine Reform und Sanierung unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik geschaffen haben.

Die badischen Sparkassen haben, wie sie mitteilen, den größten Teil ihrer Spargelder in langfristigen Hypotheken ausgeliehen, wovon etwa die Hälfte für den Wohnungsbau Verwendung fand. Daneben sind kurzfristige Personalkredite für den Mittelstand und die Kleinindustrie gegeben worden, so daß etwa zwei Drittel der Sparkassengelder auf direktem Weg in die heimische Wirtschaft hineingeflossen sind. Der Rest ist zum Teil in Wertpapieren fest angelegt, zum Teil dient er zu kurzfristigen Kommunalkrediten über die Girozentralen. Das Sparen ist somit ein sehr wichtiges Mittel, die heimische Wirtschaft zu fördern, und alles, was zum Sparen und zur Bildung von Inlandkapital anreizt, gehört zu den Maßnahmen, die vor allem geeignet sind, Gesundung zu bringen.

Die gesamten Sparguthaben in Deutschland betragen immerhin nun rund 9 Milliarden, während sie 1924 weniger als 600 Millionen ausmachten, vor dem Krieg allerdings nahezu 20 Milliarden! Dabei ist auch noch das Einfließen des Geldwerts in Rechnung zu stellen. Die Verarmung des deutschen Volkes drückt sich darin aus, daß über ein Drittel der Spardbücher nur Guthaben unter 20 RM, die Hälfte Beträge bis zu 100 RM und 80 Proz. solche bis zu 500 RM enthalten.

Die Stadt Weinheim stand seit Herbst vorigen Jahres u. a. mit einer englischen Gruppe wegen Übernahme und Fortführung der im Frühjahr 1929 erneut in Schwierigkeiten geratenen landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Badenia vorm. Wilh. Klaz Söhne AG. in Verhandlungen, um einmal durch den Verkauf von einer seinerzeit übernommenen Bürgschaft von 1 Mill. Reichsmark zu retten, was zu retten war, und außerdem vor allem im Interesse des Arbeitsmarktes die Weiterführung des nun schon 100 Jahre bestehenden Unternehmens zu sichern. In der vergangenen Woche fiel die Entscheidung in anderer Richtung. Die Badenia bleibt in deutschem Besitz. Der Weinheimer Bürgerausschuß lehnte das englische Angebot ab und stimmte dem Verkauf des Kernstückes der Fabrik (Gießerei usw.), also nur eines Teils des Areals, an die Weinheimer Firma Keller & Co. zu. Es handelt sich um eine mittlere, mit Eisengießerei verbundene landwirtschaftliche Maschinenfabrik, die für das erworbene Gebäude 150 000 RM bezahlt und in gleicher Weise, wie

das die Engländer verlangt hatten, auf 10 Jahre von den städtischen Steuern sowie von der städt. Grunderwerbsteuer befreit bleibt. Sie will die Herstellung landwirtschaftlicher Kleinmaschinen und Ernteteile aufnehmen, was ähnlich auch die englische Gruppe geplant hatte, die damit im Osten (Rußland und Rumänien) ins Geschäft kommen und einen größeren Teil des Fabrikareals für 310 000 RM erwerben wollte.

Das Darlehen der Stadt Weinheim stammte aus dem Jahre 1925. Damals konnte der Betrieb nur weitergeführt werden, weil die Stadt nach Erledigung eines Vergleichsverfahrens, bei dem die Gläubiger mit 75 Proz. befriedigt wurden, die Ausfallbürgschaft für ein von drei Banken gemeinsam gegebenes Darlehen von einer Million Reichsmark übernahm. Die damals gestellte Bedingungen (technische Erneuerung und Rationalisierungsmahnahmen) nützten nichts. Das Unternehmen geriet in weitere Schwierigkeiten, und es zeigte sich jetzt, daß die Verwertbarkeit des Geländes und der Anlagen nicht den darauf gesetzten Hoffnungen entsprach, trotzdem man hätte annehmen müssen, daß mit dem Betrag von 1 Million doch recht erhebliche technische Verbesserungen und Wertsteigerungen hätten durchgeführt werden können, zumal die Zahlung der Summe entsprechend einem damals gefassten Beschluß des Bürgerausschusses nur Zug um Zug entsprechend der Entwicklung des Unternehmens erfolgen sollte. Es wurde freilich auch davon gesprochen, daß ein Konkursunternehmen, das die Aktienmehrheit zu erwerben verstand, Stimmungen verursachte. Der Stadt bleibt zwar noch weiteres Gelände, aber sie muß nun doch wohl mit erheblichen Verlusten rechnen, zumal sie nicht nur auf Verwertung des Objekts, sondern auch auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit sehen mußte. Hier zeigt sich gleichfalls die schwere Belastung der Gemeinden durch die Ausgaben für die ausgesetzten Arbeitslosen, die ja letzten Endes die Stadt zu ihren Opfern zwangen.

Die liberalisierte Flottenkonferenz

Pessimistische Stimmen

Gen. London, 4. April. (Priv.-Tel.) Die Flottenkonferenz gerät immer mehr in eine Atmosphäre der Verzweiflung und der Verstimmung. Man hat den Eindruck, daß jeder der Teilnehmer nur darauf wartet, daß der andere den Vorwand zum Abbruch der längst gescheiterten Konferenz liefert, daß aber keiner dieses Däum auf sich nehmen möchte, und so die Konferenz nicht leben und nicht sterben kann.

Englands Entgegenkommen gegenüber den französischen Forderungen sollte die Konferenz, auf die MacDonald so große Hoffnungen gesetzt hatte, retten, aber eine eheliche Formel, die den Franzosen militärische Sicherheit sichert und den Engländern keine neuen Verpflichtungen auferlegt hätte, ließ sich natürlich auch auf dem Wege der Interpretierung des Artikels 16 der Völkervereinbarung nicht finden, und überdies stellte sich heraus, daß die französische Delegation jetzt, wo man auf die Sicherheitsfrage einging, möglichst keinen Zusammenhang zwischen ihr und der Flottenabstimmung anerkennen wollte. Damit ist auch für England jedes Interesse an weiteren Verhandlungen mit Frankreich geschwunden, und es ist wohl kein Zufall, daß Briand, der im Laufe des gestrigen Tages mit Henderson zusammenzutreffen hoffte, zu seiner Enttäuschung hören mußte, daß der britische Außenminister durch die ägyptischen Verhandlungen zu sehr in Anspruch genommen sei und nicht eine halbe Stunde erübrigen könne. Daraufhin wurde auch bei der französischen Delegation der Pessimismus zur offiziellen Stimmung, und man ließ durch Bertinax im „Daily Telegraph“ erklären, daß Briand es für das Beste halten würde, wenn die Konferenz unbedingt vor Ostern abgeschlossen würde, da eine allzulange Fortsetzung unerwünschte Folgen zeitigen würde. Einige dieser Folgen seien bereits in einer sehr betragenswerten Verschärfung der französisch-italienischen Beziehungen sichtbar.

Diese Verschärfung ist tatsächlich fast das einzige, was mit Sicherheit als Ergebnis der Konferenz feststeht, denn das Streben nach einem Mittelmeerpakt auf französischer, und die Forderung nach Parität auf italienischer Seite haben das gegenseitige Mißtrauen, das die „lateinischen Schwelmer“ gegeneinander hegen, vor aller Öffentlichkeit enthüllt. Jedenfalls ist es ein Erfolg der Abgeordneten Mussolinis, die gleichfalls schon zum Aufbruch rüsten, eine moralische Isolierung Italiens in London verhindert zu haben.

Im Thüringischen Landtag

wurde am Donnerstagnachmittag ein Mißtrauensantrag der sozialdemokratischen Fraktion gegen Staatsminister Dr. Frid mit 25 Stimmen der Rechten gegen 25 Stimmen der Linken abgelehnt. Drei Abgeordnete der Deutschen Volkspartei enthielten sich der Stimme, zwei Abgeordnete der Deutschen Volkspartei stimmten dagegen. Bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag wäre es beinahe zu Zätligkeiten gekommen.

Zu der Haltung der Deutschen Volkspartei berichtet das „D. T.“ aus Weimar: Die Volkspartei hatte ursprünglich die Absicht, den Mißtrauensantrag geschlossen abzulehnen. Dann kam aber die Berliner Rede Frids im Sportpalast am Mittwoch, mit der Ankündigung, daß er nichts unversucht lassen werde, seinem Parteichef Hitler die thüringische Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Im Gegensatz hierzu hatte Frid der thüringischen Regierung vor einigen Tagen das Versprechen abgegeben, wegen der Staatsangehörigkeit Hitlers nichts zu unternehmen. Die Volkspartei sah in diesem Verhalten einen schweren Vorbruch Frids.

Das Ergebnis der Abstimmung hat bei den Nationalsozialisten eine tiefgehende Verstimmung ausgelöst. Sie verließen kurze Zeit nach der Abstimmung geschlossen den Sitzungssaal, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen.

Heute, Freitag, vormittag gegen 9 Uhr mußte das um 8.25 Uhr in Frankfurt a. M. zum Flug nach Köln gestartete Flugzeug D 422 wegen schlechten und nebligen Wetters in der Nähe von Adeln (Taunus) eine Wablandung vornehmen. Hierbei wurde die Maschine schwer beschädigt. Der Führer, Diegener, erlitt eine Gehirnerschütterung, eine mitfliegende Stantenschwester einen Unterschenkelbruch.

Auf der Seche Ferrand bei Clengues (Belgien) ereignete sich am Freitag eine Schlagwetterexplosion. Den bisherigen Ermittlungen zufolge sind 12 Bergleute getötet und 9 verletzt worden.

Badischer Teil

Das badische Finanzgesetz

Mitteilungen des Finanzministers im Haushaltsausschuss
Im Haushaltsausschuss des Badischen Landtags machte am Donnerstagmorgen Finanzminister Dr. Schmitt folgende allgemeine Ausführungen:

„Es bestand die Notwendigkeit, jedes Defizit nach Möglichkeit zu vermeiden, denn Defizit bedeutet Erhöhung der schwebenden Schuld; diese ist jetzt auf gegen 40 Millionen gestiegen. Ich glaube aber, daß wir das Ziel, im Finanzgesetz dem Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben möglichst nahe zu kommen, fast erreicht haben.“

Aus Artikel 1 des Gesetzes geht hervor, daß die ordentlichen Einnahmen der ordentlichen Ausgaben um 4,7 Millionen im Jahr überschreiten. Das Belastende des Budgets sind die außerordentlichen Ausgaben. Wenn man die Überschüsse des ordentlichen Haushalts mit dem Fehlbetrag bei den außerordentlichen Ausgaben vergleicht, so ergibt sich im ganzen ein Fehlbetrag für zwei Jahre von 8 445 590 Reichsmark. Dazu kommen die 600 000 Reichsmark für die ehemals großherzoglichen Bilden. Das ergibt zusammen ein Defizit von 9 045 590 Reichsmark.

Von diesem Fehlbetrag werden gedeckt durch Wegfall des örtlichen Sonderzuschlags 500 000 Reichsmark, durch Erhöhung der Altersgrenze für die Beamten 425 000 Reichsmark, dadurch, daß die Schulgelder für die höheren Lehranstalten erhöht werden 200 000 Reichsmark, dadurch, daß die Besitzstandsnorm des Volksschulunterrichtsgesetzes geändert wird, 200 000 Reichsmark, im ganzen 1 325 000 Reichsmark. Es verbessert sich also das Ordinarium von den vorhin erwähnten 4 708 730 Reichsmark um 1 325 000 Reichsmark jährlich auf jährlich 6 033 730 Reichsmark. Im Endergebnis erreicht der Fehlbetrag für zwei Jahre 6 395 590 Reichsmark.

Dieser Fehlbetrag soll gedeckt werden einmal durch die Vermögenssteuer, die zweimal 1,4 Millionen gleich 2,8 Millionen bringt. Dann durch die Zahlung des Reichs aus der Eigenbahnrefinanzierung; auf diesem Gebiet hat sich der Herr Reichsfinanzminister Woldenbauer entgegenkommend gezeigt; aber es wird im laufenden Jahr nichts gezahlt werden, sondern erst im zweiten Jahr. Der zu zahlende Betrag ist auf 1,8 Millionen zu schätzen. Der Rest mit rund 2 Millionen für zwei Jahre müßte gedeckt werden durch Ersparnisse, die uns die Sparkommission vorschlägt. Es ist also im ganzen unser Ziel erreicht, von dem ursprünglichen Defizit von 62 Millionen heruntersinken nicht bloß auf die 40 Millionen, die ich in meiner Staatsrede genannt habe, sondern auf einen Betrag, der voraussichtlich in diesem Budget ausgeglichen werden kann.

In den Artikeln 2 bis 5 des Gesetzes sind die allgemeinen üblichen Bestimmungen enthalten. Im Artikel 6 wird für die Universitätsklinik Freiburg der von Ihnen schon genehmigte Betrag von weiteren 650 000 Reichsmark Darlehen angefordert. Im Artikel 7 sind Beträge für die Erwerbslosenfürsorge vorgegeben. Artikel 8 ermächtigt mich, die nötigen Kredite auf Schatzanweisungen zu nehmen. Im Artikel 9 sind Bürgschaften für den Brückenbau bei Waldshut usw. vorgegeben. Artikel 10 befaßt sich mit dem Wirtschaftsfonds. Artikel 11 ist neu. Bisher war es immer notwendig, daß man im Dezember an den Landtag heranging, um Ausgaben für Landstrassen, für Gebäude usw. vorweg genehmigen zu lassen. Ich halte es nicht für notwendig, daß man zu diesem Zweck extra den Landtag noch einmal einberuft, wie es im letzten Winter nötig war, die Regierung soll von vornherein ermächtigt sein, das Nötige zu veranlassen.

Im Artikel 12 werden die örtlichen Sonderzulagen aufgehoben, das bedeutet eine Ersparnis von 500 000 Reichsmark jährlich. Im Artikel 13 wird die Altersgrenze der Beamten von 65 auf 67 Jahre hinaufgesetzt, das bedeutet eine Ersparnis von 425 000 Reichsmark jährlich. Im Artikel 14 wird die sogenannte Besitzstandsnorm, d. h. das Gebot, daß bei den übergeleiteten Lehrern der Volksschule der Besitzstand vom 1. Januar 1925 aufrechterhalten werden muß, beseitigt; das bedeutet für den Staat eine Ersparnis von 200 000 Reichsmark jährlich.

Im Artikel 15 wird die Gewerbesteuerpflicht der freien Berufe abgeändert, entsprechend einem Landtagsbeschluss; das bedeutet eine Mehreinnahme von 500 000 Reichsmark. Im Artikel 16 Absatz 1 sind die Hunderteile des Grundvermögens und des Betriebsvermögens und der Gewerbesteuer genannt. Im Absatz 1 sind es die gleichen Zahlen wie im abgelaufenen Budget. Im Absatz 2 kommt aber eine einmalige Notabgabe, das heißt um das Defizit zu beseitigen, ein Zuschlag von 15 Hundertteilen, aber nicht bei allen Trägern von Grundsteuerwerten, sondern nur bei den Trägern von 10 000 Reichsmark und mehr und vom Betriebsvermögen. Es werden also von der Notabgabe nicht erfasst die Gewerbesteuerpflichtigen und die Grundsteuerpflichtigen in der Lage von 1 bis 10 000 Reichsmark. Die Einnahmen aus diesem einmaligen Zuschlag sind 1,7 Millionen im Jahr.

Im Artikel 17 werden Bestimmungen des Gebäudebesondersteuergesetzes geändert. Zunächst wird im § 7a verlangt, daß diejenigen Hausbesitzer, welche mehr als 6 Prozent aus dem Steuerwert als Friedensmiete erhalten haben, entsprechend höher herangezogen werden. Das macht ein Mehr von einer halben Million jährlich aus. In Ziffer 2 des Artikels 17 ist eine stärkere Heranziehung des bisherigen Aufkommens aus der Gebäudebesondersteuer für den allgemeinen Finanzbedarf vorgesehen, das bedeutet 1,3 Millionen jährlich. Die Altersgrenze, die das Reichsgesetz vorschreibt, ist dabei gemindert, das heißt, es werden auch heute noch nach dieser Bestimmung 15 Prozent der Friedensmiete entsprechend dem § 2 des Reichsgesetzes über den Geldwertausgleich für den Wohnungsbau verwendet.

Im Artikel 18 ist eine andere Verteilung der Überweisungssteuer an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer zwischen Land und Gemeinden vorgesehen. Insbesondere soll das Land 66,66 Prozent aus den Überweisungen bekommen. Wir waren vor die Alternative gestellt, entweder so zu verfahren, daß wir den Schullastenausgleich dahin änderten, daß die Gemeinden mehr an Schullasten tragen, oder die Überweisungen zu kürzen. Die persönlichen Schullastenausgleich bleiben nach unserem Vorschlag wie bisher beim Land. Wir haben jetzt den anderen Weg gewählt und auf diese Weise den Gemeinden nur ungefähr 5 Millionen entzogen.

Im Artikel 19 wird nochmals eine Notabgabe erhoben, nämlich eine Einwohnersteuer nach Maßgabe des Vorgangs in Württemberg. Diese Einwohnerabgabe bringt dem Land jährlich 1,3 Millionen mehr, und die Hälfte mit ebenfalls 1,3 Millionen soll den Gemeinden verbleiben. Der Minister übergab dem Ausschuss dann eine Aufstellung darüber, danach werden die Gemeinden nicht mehr verlieren als sie wieder bekommen.

Infolge der Maßnahmen, die die Regierung vorschlägt, verlieren die Gemeinden im Durchschnitt der beiden Jahre durch eine andere Verteilung des Finanzausgleichs 4,9 Millionen, und erhalten zunächst unter 1, zahlenmäßig feststellbar im

ganzen 5,2 Millionen. Das setzt sich zusammen wie folgt: Das Schulgeld für die höheren Lehranstalten, das in Preußen und Hessen erhöht werden auf 200 Reichsmark pro Jahr. Dadurch erhalten die Gemeinden eine Mehreinnahme von 1 050 000 Reichsmark jährlich. Die Mineralwassersteuer soll den Gemeinden ausschließlich zufallen mit 1,4 Millionen jährlich. Die Gebäudebesondersteuer soll für den allgemeinen Finanzbedarf auch zugunsten der Gemeinden stärker herangezogen werden. Das macht für sie 500 000 Reichsmark jährlich. Die Einnahme aus der Gewerbesteuer der freien Berufe macht mindestens 500 000 Reichsmark im Jahr. Der Mehrertrag der Gebäudebesondersteuer für Gebäude mit einer höheren Friedensmiete als 6 Prozent bringt den Gemeinden als Anteil für den allgemeinen Finanzbedarf 500 000 Reichsmark jährlich. Dazu kommt der schon genannte Einwohnersteueranteil mit 1 300 000 Reichsmark. Zahlenmäßig feststellbar erhalten also die Gemeinden hier ebenfalls, wie sie verlieren.

Es ergibt sich aber noch eine Reihe von Vorteilen für die Gemeinden, deren zahlenmäßige Feststellung nicht ganz leicht ist. Wenn der örtliche Sonderzuschlag für den Staat wegfällt, wird er auch für die Gemeinden wegfallen müssen. Der Oberbürgermeister von Mannheim und wir haben ausgerechnet, für Mannheim allein bedeutet das eine Ersparnis von 400 000 Reichsmark. Wenn die Altersgrenze bei den Gemeindebeamten erhöht wird nach der Art, wie bei den Staatsbeamten, wird das auch eine besondere Ausgabeersparnis sein. Wenn die Besitzstandsnorm bei den Volksschullehrern wegfällt, wird auch hier die Gemeinde eine Ersparnis haben. Im ganzen können 600 Lehrstellen wegfallen. Schließlich übernimmt das Land auch Kreisstrassen. Das bedeutet für den Staat auch noch eine Belastung von 600 000 Reichsmark und für die Gemeinden eine Entlastung.

Aus den Parteien

Der demokratische Landesparteitag findet für dieses Jahr am 17. und 18. Mai in Laßnitz statt. Wenn auch die Tagesordnung im einzelnen noch nicht feststeht, so ist in Hinblick auf die Kommunalwahlen im Spätherbst doch auch mit wichtigen gemeindepolitischen Erörterungen zu rechnen.

Nachdem Zentrum und Nationalsozialisten die Beteiligung an einem sogenannten Bürgerblock für die kommenden Gemeindevahlen in Baden abgelehnt haben, hat nun auch der Landesauschuss der Wirtschaftspartei Beschlüsse gefasst. Die Partei beschloß nach der „Bad. Mittelt.-Ztg.“ mit den mittelfränkischen Organisationen in Beziehung zu treten. Der Landesauschuss kam zu dem Schluß, daß die Partei einem einheitlichen Vorgehen nicht abgeneigt wäre, sofern sich sämtliche bürgerliche Parteien an ihm beteiligten. Einen Zusammenschluß in einheitlichen Listen mit einzelnen Parteien lehnte die Wirtschaftspartei ab.

Tagungen

Die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Badischen Schirarzwaldvereins findet am 25. Mai 1930 in Staufen (Dreisgau) statt.

Der 44. Landesabgeordnetentag des Badischen Kriegerbundes findet am Samstag, den 31. Mai, und Sonntag, den 1. Juni 1930, in Rastatt statt.

Aus Anlaß der vor 80 Jahren erfolgten Gründung des ehemaligen badischen Dragonerregiments Nr. 21 findet am 6. Juli d. J. in Schwesingen ein Regimentstag der früheren Angehörigen der „Gelben Dragoner“ statt, zu dem auch die Angehörigen anderer Kavallerieregimenter eingeladen werden. — Gleichzeitig wird der Verein ehemaliger Kavalleristen in Schwesingen sein 25jähriges Stiftungsfest feiern.



Generaldirektor L.

ist ein Mann der Tat. Weitblick und Energie haben ihn schnell an führende Stelle gerückt. Er steckt voller Ideen, seine Entscheidungen sind schnell und bestimmt. So kühn seine Pläne, so sicher ihre Durchführung.

„Ideen und Nerven, meine Herren — sagt er häufig — sind das Wesentliche. Die Ökonomie der Kräfte verlangt, daß wir den Fluß der Gedanken fördern und die Nerven schonen. Sie werden gesehen haben, daß ich stets den koffeinfreien Kaffee trinke. Er regt an, aber nicht auf, schonert Herz und Nerven und schmeckt vorzüglich.“

Grabhänder durch den Polizeihund „Basko“ entdeckt

In der Nacht vom 9. auf 10. März d. J. wurden auf dem Friedhof in Sandhausen mehrere Grabsteine zerstört, wodurch erheblicher Schaden entstand. Die Polizei begab sich mit dem Spürhund „Basko“ zum Tatort, wo dieser an zurückgelassenen Fußspuren angelegt wurde. Der Hund verfolgte eine Spur vom Tatort bis zur Wirtschaft zum „Ader“, führte dann weiter in das Wirtschaftslot und dort an einen runden Tisch. Auf Grund dieses Ergebnisses wurde festgestellt, daß in der vergangenen Nacht an diesem Tisch einige Personen bis zur späten Stunde gezecht hatten; diese wurden ermittelt und einer Verurteilung gestand, daß er mit seinen Genossen im angetrunkenen Zustand über die Friedhofsmauer gestiegen sei, und daß diese dann die Grabhänder ausgeführt hätten. Die Schuldigen, welche bei Ankunft der Gendarmerie die Flucht ergriffen hatten, stellten sich später selbst. Dem tüchtigen Polizeispürhund „Basko“ ist es zu danken, daß die Täter so rasch ermittelt werden konnten.

Aus der Landeshauptstadt

Der Verein Karlsruher Presse hielt am Sonntag, 30. März, im „Darmstädter Hof“ seine diesjährige Hauptversammlung ab. Dem vom 1. Vorsitzenden, Redakteur Binder, erstatteten Geschäfts- und Jahresbericht ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl auf 74 erhöht hat. An gefälligen Beschlüssen wurden besonders hervorgehoben: der Vortragsabend am 25. November 1929, bei dem Chefredakteur Amend in ausgearbeiteten Darlegungen über das Thema „Kunstpolitik und Kunstpolitik“ sprach, sowie weiterhin der Gesellschaftsabend am 1. Februar 1930 im Schloßhotel und das traditionell gewordene Rosenmontagsfest im Hotel Germania am 3. März 1930, welche beide Veranstaltungen einen außerordentlich befriedigenden Verlauf nahmen. Mit Genugtuung betont wurde im Geschäftsbericht ferner die Herbeiführung eines auch der Allgemeinheit dienenden engeren Verhältnisses zwischen Presse, Polizei, Staatsanwaltschaft und Hochschulen durch Anbahnung näherer persönlicher Beziehungen zwischen den maßgebenden Faktoren. — Der vom Kassier, Chefredakteur Stolz, erstattete Kassenbericht wies ein Gesamtergebnis des Vereins in Höhe von 6218 M nach, wovon der größte Teil in der Unterstützungs- und Sterbekasse des Vereins angelegt ist. — Nach dem von Regierungsrat Weismann gegebenen Resolutionsbericht wurde dem Kassier und dem Gesamtvorstand einstimmig Entlastung erteilt. Die zu Punkt 4 der Tagesordnung erfolgten Wahlen ergaben einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Dieser setzt sich demnach wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Redakteur Karl Binder (Badische Presse), stellvertretender Vorsitzender: Chefredakteur Kurt Amend (Karlsruher Zeitung), Schriftführer: Freiherr v. Seidenborn (Pressestelle der Landeszentrale des Bad. Einzelhandels), Kassier: Chefredakteur Ernst Stolz (Telegraphen-Union), Beisitzer: Chefredakteur, Geistlicher Rat Dr. Meyer (Badischer Beobachter), Chefredakteur Dr. Brigner (Karlsruher Tagblatt), Redakteur Winter (Volkshilf), Redakteur Simon (Generalanzeiger), Chefredakteur Beefer (Niederrhein-Anzeiger), Chefredakteur Steumehl (Wolffs Telegraphenbüro), Regierungsrat Weismann (Presseabteilung der badischen Regierung).

Der 1. Mai. Eine Delegiertenversammlung des Ortsausschusses Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, den 1. Mai in Karlsruhe durch Arbeitsruhe zu feiern.

Markttag im Blumenmarkt. Wie vorauszu sehen war, ist es nunmehr erfreulicherweise gelungen, mit den Angrenzern des Marktgebietes ein Übereinkommen zu treffen, wonach in diesem Jahre sämtliche in Betracht kommenden Gebäude mit der sogenannten „Karlsruher Rathauspetunie“ geschmückt werden, und zwar nach Richtlinien des städtischen Gartenamts. Zunächst sollen nur die Fenster und Balkone eines Stadtweges in der Höhe des Rathausbalkons den beliebten Blumen schmuck erhalten, wozu des Gesamteindrucks wegen einheitlich nur dunkelpurpurote Petunien verwendet werden.

Jahrplanänderung. Mit der Eröffnung der Kraftpostlinie Karlsruhe—Mühlheim am 6. April d. J. treten auf der Strecke Karlsruhe—Eggenstein—Graben-Neudorf folgende Fahrplanänderungen ein: Die Triebwagenfahrten 1255 (Karlsruhe ab 10.14, Graben-Neudorf an 11.00), 1260 (Graben-Neudorf ab 11.23, Karlsruhe an 12.10), 1266 (Graben-Neudorf ab 15.25, Karlsruhe an 16.12) fallen aus. Die Triebwagenfahrt 1259 (Karlsruhe ab 14.26, Graben-Neudorf an 15.12) verkehrt zur noch Samstag. Zug 1263 W (Karlsruhe ab 16.38, Graben-Neudorf 17.27) fällt Samstags aus.

An Stelle der Triebwagenfahrten 1255, 1259, 1260 und 1266 verkehren Kraftpostzüge zwischen Karlsruhe-Hauptbahnhof und Bahnhof Graben-Neudorf nach den von der Oberpostdirektion Karlsruhe veröffentlichten Fahrplänen.

Unfallstatistik. Im Monat März ereigneten sich in Karlsruhe und Durlach 79 Verkehrsunfälle, bei denen 38 Personen leicht und 10 schwer verletzt wurden; unter den letzteren befinden sich 6 Fälle mit tödlichem Ausgang. In 60 Fällen entstand geringer, in 14 Fällen großer Sachschaden. Gegen 1747 Personen mußte wegen Verkehrsübertretungen verschiedener Art eingeschritten werden.

Badisches Landestheater. Das Schauspiel „Der Mann, der seinen Namen änderte“, das am Sonntag, dem 6. April, im Konzerthaus zur Erstaufführung kommt, hat Edgar Wallace zum Verfasser, dessen Kriminalstück „Der Hexer“, wie überall, so auch in Karlsruhe dank seiner auf äußerste Spannung gestellten Handlung stärkste Publikumswirkung erzielte. In dem „Mann, der seinen Namen änderte“ beruht die bereits erprobte Wirkung gleichfalls darauf, daß das geheimnisvolle Dunkel um die als solche nicht erkennbare Hauptfigur sich erst im allerletzten Augenblick lichtet, weshalb es auch wünschenswert ist, daß das freundliche Publikum sich nach der Aufführung über die Lösung in vielversprechendes Schweigen hülle.

Colosseum. Die Direktion bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen. Ab heutigen Freitag gelangt der tolle Ruchschlager „Der doppelte Erich“, ein Schwank mit Gesang und Tanz einlagen in 3 Akten zur Aufführung. Der Text dieses Schwankes stammt aus der Feder unseres beliebten Lokalpoeten Rudolf Schmittbener und Fred Himmighoffen, Regisseur und Schauspieler am Stadttheater Freiburg. Letzterer dürfte manchem Karlsruher von seinem hiesigen Gastspiel in „Herzogin von Chicago“ bekannt sein. Das Stück erlebte seine Uraufführung in Lübeck und hat seither in fast sämtlichen Großstädten Deutschland ausverkauft Häuser zu verzeichnen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Sturmwind am westlichen Kanaleingang hat seine Lage wenig geändert. Die Regenfront auf seiner Vorderseite ist gestern abend und heute nacht über unser Gebiet hinweggezogen und hat allenthalben ergiebige Niederschläge gebracht (Ebene 10 bis 20 Liter pro Quadratmeter, Gebirge bis 26 Liter). Heute ist es etwas kühler aber noch mild. Der Vorstoß maritimer Warmluft nach Europa hat in Norditalien ein Nandief erzeugt, unter dessen Einfluss die nunmehr über ganz Norddeutschland ausgebreitete Kaltluft nach Südwesten vorstoßen und auch uns weitere Abkühlung mit Niederschlägen bringen wird. Wetterausblick: Fortdauer der meist regnerischen Witterung, kühler, Hochschwarzwald Schneefälle schwache Winde aus wechselnder Richtung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	4. April		3. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.01	168.35	168.07	168.41
Kopenhagen 100 Kr.	112.06	112.28	112.06	112.30
Italien . . . 100 L.	21.93	21.97	21.945	21.985
London . . . 1 Pf.	20.358	20.398	20.358	20.399
New York . . . 1 D.	4.184	4.192	4.1855	4.1935
Paris . . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	80.67	80.83	81.00	81.16
Wien 100 Schilling	58.98	59.10	58.975	59.095
Brag. . . 100 Kr.	12.333	12.413	12.394	12.414

Karlsruher Hafenverkehr im März

Der Wasserstand des Rheins war im Monat März 1930 sehr unruhig. Während er am Anfang des Monats ausgesprochen niedriger Charakter trug, hat er sich in der zweiten Hälfte des Monats zu einem für die Großschiffahrt guten Stande erhoben, um sofort wieder zurückzugeben. Einem Anfangsstand von 94 Zentimeter und einem Höchststand von 202 Zentimeter am 19. März stand am Ende des Monats am Pegel zu Taub ein Wasserstand von 173 Zentimeter gegenüber. In der ersten Hälfte des Monats waren bei der Großschiffahrt nach dem Oberrhein Leistungen erforderlich.

Im März 1930 sind im Karlsruher Rheinhafen 41 Güterboote und 186 Rähne angekommen, sowie 39 Güterboote und 194 Rähne abgegangen. Der Güterbootdienst war hiernach nur unwesentlich, der Kahnverkehr dagegen um rund ein Drittel schwächer als der entsprechende Verkehr des Monats Februar 1930, was weniger auf die Wasserstandsverhältnisse als auf die allgemeine ungünstige wirtschaftliche Lage zurückzuführen ist.

Dem geringen Kahnverkehr entspricht ein Ausfall in der Zufuhr von rund 70 000 Tonnen, während die Abfuhr im März 1930 rund 4000 Tonnen größer war als im Februar 1930. Im ersten Vierteljahr 1930 ist trotz dieses Rückgangs der Gesamtverkehr rund 280 000 Tonnen stärker gewesen als im ersten Vierteljahr 1929.

Infolge der günstigen Witterung konnten am Ende des Berichtsmontats die Schiffsfahrten mit dem städtischen Motorboot wieder aufgenommen werden.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 4. April d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10½ d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7455 Pence.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Fürstenberg (Amt Donaueschingen) wurde mit 83 Stimmen Ratsschreiber Josef Engesser zum Bürgermeister gewählt. Seine beiden Gegenkandidaten Johann Guld und Johann Preis erhielten 48 bzw. 16 Stimmen, während 10 Stimmen zerstreut waren. — In Weiterdingen wurde mit 193 Stimmen der seitherige Bürgermeister Martin zu seiner dritten Amtsperiode gewählt. Sein Gegenkandidat, Gemeinderat Seiterle, erhielt 168 Stimmen. — In Randegg (Amt Konstanz) wurde der seit 1912 die Geschäfte der Gemeinde leitende Bürgermeister Emil Schüble einstimmig zum Bürgermeister wiedergewählt.

Der Bürgerausschuss Lauda genehmigte den Voranschlag mit einer Umlage von 60 Pf für das Grundvermögen, 28 Pf für das Betriebsvermögen und 516 Pf für den Gewerbesteuerbeitrag. Die Einnahmen betragen 255 549 RM, die Ausgaben 284 303 RM.

2 748 Familien suchen eine Wohnung. Nach dem Ergebnis einer Rückfrage suchen in Mannheim 2 748 Familien eine Wohnung. Davon 533 Einzimmerwohnungen und 1 612 Zweizimmerwohnungen, der Rest mehr als Zweizimmerwohnungen. Von diesen 2 748 Familien können nur zwei Drittel Mietpreise zahlen, die für Altwohnungen in Frage kommen. So geben 1 356 Wohnungssuchende an, daß sie höchstens 50 RM zu zahlen imstande sind. Für diesen Satz sind heute keine Neubauwohnungen zu erstellen. Es ist dies eine Erscheinung, wie sie auch in anderen Städten beobachtet wird.

Autoverkehr Mannheim-Schwetzingen. Den Bemühungen des Schwetzingen Verkehrsvereins ist es gelungen, daß die Reichspost einen direkten Autobus-Schnellverkehr Mannheim-Schwetzingen über Rheinau einrichtet, der bereits im April funktionieren soll. — Ferner sind Postautolinien mit Waldorf und Wiesloch vorgesehen, deren Eröffnungstermin noch nicht bekannt ist.

40 Jahre Bergbahn in Heidelberg. Vor 40 Jahren, am 31. März 1890, wurde die Bergbahn nach dem Schloß und der Rokokoentur eröffnet, die die vorher zum Berste eingesehten Meitefel zum Schloße ablöste. Die Fahrgäste wurden seinerzeit mittels Wasserübergewichts auf die Höhe befördert. Erst 1902 wurde der Betrieb in den heutigen elektrischen umgestellt. Die zweite Strecke der Bergbahn bis zum Königsstuhl ist seit dem 1. Juni 1907 in Betrieb.

Neuer Direktor der Stadt, Werke. Zum Leiter der Heidelberger städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurde der besoldete Stadtrat in Blauen, Dr. Georg Munte, gewählt. Dr. Munte ist 42 Jahre alt und aus Hannover gebürtig.

Der Ausbau des Krankenhauses Baden ist in der letzten Bürgerausschussung genehmigt worden. Die Stadtgemeinde wird für das vom Spitalfonds aufzunehmende Darlehen in Höhe von 125 000 Reichsmark die Bürgerschaft übernehmen.

Zwei Tage Kofoto-Aufführungen in Schwetzingen. Der Verkehrsvereinsauschuss Schwetzingen beschloß, für die diesjährige Kofoto-Aufführungen mit Rücksicht auf das Wetterrisiko zwei Tage vorzugeben, den 29. Mai und den 1. Juni. Die Ausgaben und Einnahmen des Festivals sind mit je 13 500 Reichsmark angesetzt. Durch Schaffung eines Garantiefonds von 3000 RM und durch Abschluß einer Einnahmearrondversicherung in Höhe von 5000 RM, scheint die Durchführung der Veranstaltung auch im ungünstigsten Falle gesichert.

Die Gemeindefähre von Rheinhausen (Amt Bruchsal) wurde für 1930 von Lukas Hamisch ersteigert. Die Gemeinde hat aus der Fähre eine Einnahme von 10 000 RM.

Beendete Restaurationen. Die Restaurationsarbeiten im Rheinwald von Leutesheim sind jetzt beendet. Vor einigen Tagen sind die letzten 13 Laje Wiesen in Pacht versteigert worden. Die Pachtbatter beträgt jeweils 5 Jahre. Gesteigert wurde bis zu 99 RM je 18 Ar.

Der Bürgerausschuss Freiburg beriet einen Nachtragskredit für den Wohnungsbau 1929 in Höhe von 500 000 RM, und einen Kredit für den Wohnungsbau 1930 in Höhe von 3,5 Millionen Reichsmark. Über den Kredit von 1930 kam es zu großen Auseinandersetzungen in bezug auf den der Freiwag zu genehmigenden Kredit von 2 Millionen Reichsmark. Die Redner des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Demokraten, der Wirtschaftspartei und der Geschäftigen, wandten sich zunächst gegen die Vorlage. Der Kampf dieser Parteien richtete sich vor allem dagegen, daß die Stadtverwaltung ohne Anhören des Bürgerausschusses den Vertrag mit der Freiwag abgeschlossen hatte, die ihrerseits als leitenden Architekten den bekannten Karlsruher Professor Alfer in Dienst gestellt hat. Nach längerer Verhandlung ergab die Schlussabstimmung die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Arbeitsgemeinschaft, des Zentrums und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei, der Geschäftigen, der Demokraten und Kommunisten.

Das Rheintorgebäude in Breisach, das infolge der Senkung des Rheinwasserspiegels am Schwellenrost gefährdet ist, muß nach den neuen Vorschlägen des Bezirksbauamts Freiburg als bald instand gesetzt werden. Der Gemeinderat hat daher die alsbaldige Ausführung der vorgeschlagenen Sicherungsmaßnahmen, soweit sie sich auf die Fundamentsohle beziehen, gutgeheißen. Man will darauf hinwirken, daß zu den Kosten der Instandsetzungsarbeiten ein Staatszuschuß aus dem Fonds für Erhaltung weltlicher Baudenkmäler gegeben wird.

Das neue Krankenhaus in St. Blasien. Der vor nunmehr Jahresfrist begonnene neue Bau des Augenkrankenhauses auf dem Kalvarienberg geht nun seiner Vollendung entgegen. Der Fortschritt in den Bauarbeiten ist auch auf die günstigen Witterungsverhältnisse in diesem Winter zurückzuführen. Die Eröffnung des Krankenhauses ist für Ende dieses Frühjahrs in Aussicht genommen.

Im städtischen Voranschlag von Ludwigshafen für 1930 wird man trotz äußerster Sparsamkeit mit einem Fehlbetrag von 725 000 RM rechnen müssen. Man will ihn durch entsprechende Erhöhung der Sätze für Gas, Wasser und Strom sowie der tiefbaulichen Gebühren ausgleichen.

Der neue Oberbürgermeister von Leipzig. Die Leipziger Stadtdirektoren wählten am Mittwoch im zweiten Wahlgang Bürgermeister Dr. Goebeler (Königsberg i. Pr.) mit 34 gegen 30 Stimmen, die auf den Bürgermeister Riß (Stettin) entfielen, zum Oberbürgermeister von Leipzig.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 9 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes bringt Verordnungen des Staatsministeriums betr. die Ausbildung und Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen und Ausbildung und Prüfung für das Höhere Lehramt an Gewerbeschulen.

DJ. Kehl, 3. April. In den nächsten Tagen wird die deutsche Poststelle von Karlsruhe nach Kehl verlegt werden. Büroräume sind in dem ehemals Friedrichs Stammhaus, Hauptstraße 2, wo die Wirt Scheer untergebracht war, gemietet.

bld. Seebrunn, 3. April. Am 1. April wurde das letzte Teilstück des Schlussschloßens, der Einlauffstollen, an der Seehalde bei Blafwald gesprengt. Die Sprengung, zu der eine Pulvermenge von 100 Kilogramm, 15 Meter unter dem Wasserspiegel, verwendet wurde, gelang gut, und der Stollen füllte sich rasch mit Wasser. Die Arbeiten im Stollenbau selbst schreiten nunmehr rüstig vorwärts, an der Staumauer sind die Arbeiten zum Teil eingeleitet worden.

DJ. Ludwigshafen, 4. April. Der Handelschulverband der Pfalz teilt dem Oberb. Landesdienst mit, daß die Oberpostdirektion Speyer ihren sämtlichen Postämtern die Anordnung habe zugehen lassen, daß die **Verkehrsautobusfahrten** aus pfälzischen Orten nach Mannheim mit sofortiger Wirkung einzustellen seien.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung. Ludwig-Wilhelm-Apothek in Karlsruhe. Die Berechtigung zum Betrieb der Ludwig-Wilhelm-Apothek in Karlsruhe, Kessingstraße 4, die durch Verzicht des bisherigen Inhabers frei geworden ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben.

Gesuche sind unter Vorlage der erforderlichen Nachweise (vgl. Bekanntmachung vom 11. Januar 1930, Apotheke in Reudenu, Staatsanzeiger vom 14. Januar 1930) einzureichen.

Ablauf der Bewerbungsfrist: 25. April 1930. Karlsruhe, den 2. April 1930.

Der Minister des Innern: J. A.: Dr. A. Jung.

Dem Pferdezugverein Sodenheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisatorb bei dem am Ostermontag, den 21. April 1930, in Sodenheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 2. April 1930.

Der Minister des Innern: J. A.: Dr. A. Jung.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Verwaltungsassistent Gustav Haas bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zum Verwaltungssekretär.

Zur Ruhe gesetzt:

Hauptlehrer August Reitter bei der Polizeischule Karlsruhe auf Ansuchen.

An unsere sehr geehrten Mitglieder!

Die Frühjahrs-Neuheiten sind eingetroffen!

Unser SCHUHWAREN-SPEZIALGESCHÄFT befindet sich HERRENSTRASSE 14



Bei Bedarf an Schuhwaren empfehlen wir unser reich sortiertes Lager in

Damen-, Herren- und Kinder-Schuhen

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe e. G. m. b. H.

R. 275

Vereinsbank Karlsruhe

E. G. M. B. H.

Wir vergüten ab 1. April d. J.

für tägl. Geld

in laufender Rechnung (provisionsfrei) **3 1/2 %**

für Spareinlagen:

- bei täglicher Kündigung **6 %**
- bei 1 monatig. Kündigung **6 1/4 %**
- bei 3 monatig. Kündigung **6 1/2 %**
- bei 6 monatig. Kündigung **7 %**

Wir besorgen für unsere Mitglieder Bankgeschäfte aller Art und nehmen **Spareinlagen und Depositengelder** von Jedermann entgegen

Geschäftshaus: Kreuzstraße 1

288

2. Geldlotterie für das Gedächtnishaus am Schliffkopf.

Ziehung 22. März 1930 in Stuttgart.

In die für Baden genehmigten Lose fielen nachstehende Gewinne:

100 RM. Nr. 55 385. Je **50 RM.** Nr. 26 993, 68 170.

Je **10 RM.** Nr. 8519, 8673, 19973, 24426, 24560, 26185, 31724, 42072, 68431.

Je **5 RM.** Nr. 8633, 19135, 19346, 19487, 19682, 24437, 24577, 26016, 26318, 26484, 26612, 26907, 31002, 31105, 31133, 31685, 42189, 42211, 42318, 42686, 55593, 68656.

Je **2 RM.** Nr. 8233, 8415, 8482, 8912, 19118, 19293, 19322, 19642, 19863, 24520, 24562, 26053, 26371, 26650, 31137, 31194, 31410, 31453, 31538, 31610, 31613, 31739, 31991, 42065, 42168, 42174, 42203, 42338, 42567, 42767, 42768, 55113, 55264, 55266, 55410, 55647, 55736, 55923, 55924, 55974, 68015, 68018, 68377, 68507, 68623, 68831, 68846. R. 274

Je **1 RM.** gewinnen alle Losnummern mit der Endzahl 5.



Badisches Landestheater

Samstag, 5. April 1930

* G 19. Tz.-Gem. 701-800

Die Affäre Dreyfus

Schauspiel von Rehfisch und Herzog

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Vertam, Ermath, Senter, Schreiner, Janz, Brand, Dahlen, Gemmecke, Graf, J. Gröhinger, Herz, Hiel, Höder, Hopach, Just, O. Kienicher, Kloebe, Kuhne, Landgrebe, Meßner, Müller, Krüter, Schulze, v. d. Krone, Grimm, G. Kienicher, Lindemann, Luther, Rivinius, Seibert.

Anfang 20 Ende nach 23

Preise A (0,70-5 RM)

Sonntag, 6. April:

Die Kettlinger von Nürnberg.

Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Der Mann, der seinen Namen änderte.

No., 7. April: Sondermiete „Reittheater“: Umnefite.

COLOSSEUM

Ab Freitag, d. 4. d. M., 8 Uhr

Der große Lachschiager

Der doppelte Erich

Schwetzingen. D. 361

Güterrechtsregisteramt Band II Seite 494: Keller, Goshertz, Pensionär in Schwetzingen und Gsela geb. Schwind. Vertrag vom 22. März 1930. Gütertrennung. Schwetzingen, 1. Apr. 1930. Bad. Amtsgericht I.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Druck G. Braun, Karlsruhe